

Antrag

der Fraktion der AfD

Für eine realistische und marktfähige Wasserstoffstrategie: Keine planwirtschaftlich verordnete Umstellung von Erdgas auf insbesondere "grünen" Wasserstoff - Technologiefolgenabschätzung und Wirtschaftlichkeitsprüfung vor blindem Aktionismus

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die hinsichtlich Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltfreundlichkeit bewährte Energieversorgung mit Erdgas auch in absehbarer Zukunft für die Wirtschaft Thüringens unentbehrlich ist;
 2. die Wasserstofftechnologie mit Blick darauf, dass Herstellung, Transport, Verarbeitung und Verbrauch von Wasserstoff nicht kostengünstig, sicher und ressourcenschonend sind, gegenwärtig nicht marktreif und damit noch nicht geeignet ist, sie für eine flächendeckende Energieversorgung einzusetzen;
 3. die Folgen der von Landesregierung, Bundesregierung und Europäischer Union geplanten Umstellung von einer Erdgas- auf eine insbesondere "grüne" Wasserstoffwirtschaft noch nicht ausreichend abgeschätzt worden sind und weder Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung noch Umwelt- und Naturschutz oder Wirtschaftlichkeit und Infrastruktur sowie technische Anwendbarkeit mindestens auf demselben Niveau gewährleistet werden können, wie es bei der Energieversorgung mit Erdgas der Fall ist;
 4. der Landesregierung zur geplanten Umstellung von Erdgas auf Wasserstoff zu essenziellen Fragen, wie beispielsweise
 - a) ob Thüringen hinsichtlich einer flächendeckenden Wasserstoffproduktion im eigenen Land genügend Wasservorkommen besitzt und ob die heimische Wasserstoffproduktion im großen Stil zu Wasserknappheit führen kann,
 - b) ob und wie Wasserstoff in gekühlter, verflüssigter Form oder unter Hochdruck in großen Mengen gespeichert oder transportiert werden kann,
 - c) welche der bereits bestehenden Gasnetzteile bzw. -strecken in Thüringen für die Wasserstoffversorgung umgewidmet werden können und welche Kosten die Umwidmung oder der Neubau eines Wasserstoffnetzes verursachen würde,
 - d) wie sichergestellt werden kann, dass alle Gasabnehmer sich rechtzeitig auf die Umstellung von Erdgas auf Wasserstoff einstellen, ihre Anlagen entsprechend umrüsten können und welche Kosten dies verursacht,
 - e) auf Grundlage welcher Unternehmensdaten die Landesregierung von einer zeitnahen Umsetzung der Wasserstofftechnologie ausgeht,

- f) ob und wie die Umstellung auf Wasserstoff angesichts der zur Herstellung und Durchleitung nötigen Leitungsbestandteile sowie der Kosten insbesondere für Seltene Erden ohne staatliche Subvention betrieben werden kann,
- g) welcher Bedarf an nicht erneuerbaren Rohstoffen wie Seltenen Erden für die Umstellung von einer Erdgas- auf eine Wasserstoffwirtschaft über die gesamte Wertschöpfungskette besteht und welche ökologischen und sozialen Auswirkungen der Abbau der erforderlichen Rohstoffe haben würde,
- h) wie nach der geplanten Umstellung die flächendeckende und dauerhafte Versorgung mit Wasserstoff gewährleistet werden soll, für den Fall, dass beispielsweise eine sogenannte Dunkelflaute herrscht und damit Erneuerbare Energien nicht für das Elektrolyseverfahren zur Verfügung stehen,
- i) ob die für die Erzeugung von Wasserstoff und insbesondere von "grünem" Wasserstoff nötige Infrastruktur derzeit vorhanden ist beziehungsweise wann sie ausreichend mit wie vielen Windkraftanlagen vorhanden sein wird,
noch keine befriedigenden Antworten vorliegen.

II. Die Landesregierung wird gebeten, zu berichten,

1. welche Herausforderungen, Probleme, negative Folgen und Risiken bei der Umstellung der Energieversorgung von Erdgas auf Wasserstoff und insbesondere "grünen" Wasserstoff zu erwarten sind,
2. welche Kosten diese geplante Umstellung voraussichtlich verursachen würde und wie die Finanzierung sichergestellt werden soll.

III. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. von einer planwirtschaftlich verordneten Umstellung von einer Erdgas- auf eine Wasserstofftechnologie abzusehen und ebensolchen Bestrebungen auf Bundes- und EU-Ebene entgegenzutreten,
2. Wasserstoff-Pilotprojekte, wie beispielsweise die Ausschreibung einer Wasserstoff-Modellregion im Schwarzatal inklusive Umstellung des Betriebs der Zugstrecke auf Wasserstoff, erst dann zu propagieren, wenn Fragen zur Wirtschaftlichkeit und zur Technologiefolgenabschätzung beantwortet sind,
3. eine detaillierte Technologiefolgenabschätzung, welche insbesondere die Antworten auf die unter Nummer I.4. aufgeführten Fragen enthält, für den Fall der Etablierung von insbesondere "grünem" Wasserstofftechnologie dem Landtag vorzulegen,
4. den für die Infrastruktur zur Herstellung von "grünem" Wasserstoff nötigen Ausbau von Windkraftanlagen offenzulegen,
5. von einer einseitigen Subventionierung der Wasserstofftechnologie aus sogenannten klimapolitischen Gründen abzusehen und stattdessen die Prinzipien der Technologieoffenheit und des energiepolitischen Dreiecks zu wahren,
6. Wasserstoff lediglich als Ergänzungstechnologie zur bewährten Energieversorgung mit Erdgas zu betrachten,
7. an Erdgas so lange als unentbehrlichen Energieträger festzuhalten, wie dadurch die sicherere, kostengünstige, umweltfreundliche Energieversorgung gewährleistet wird.

Begründung:

Erdgas soll, nach dem Willen des Bundes und des Landes, durch Wasserstoff, vorzugsweise durch sogenannten "grünen" Wasserstoff, ersetzt werden. Hierzu aber werden eine angemessene Infrastruktur, einschnei-

dende Umrüstungsmaßnahmen und entsprechende finanzielle Investitionen benötigt, die erst dann sinnvoll sind, wenn sich die Technologie für flächendeckenden Einsatz eignet. Da Wasserstoff als Energieträger für eine solche flächendeckende Versorgung einstweilen nicht marktreif ist, sollen Subventionen, also Steuergelder, diese Form der Energieerzeugung tragen.

Eine Folgenabschätzung, insbesondere eine Abschätzung einzusetzender Rohstoffe, fehlt indes.

Die Landesregierung wollte mittels des Prestigeprojekts der Wasserstoff-Modellregion im Schwarzatal die Ära der Wasserstoffwirtschaft einleiten. Doch ohne die erforderlichen Vorbetrachtungen, wie insbesondere eine ausreichende Technologiefolgenabschätzung vorzunehmen und die Wirtschaftlichkeit eines solchen Projekts zu prüfen, war das Vorhaben von Anfang an zum Scheitern verurteilt, weil dessen wirtschaftliche Durchführung derzeit schlichtweg nicht möglich ist. Mittlerweile musste die erneute Ausschreibung auch Antriebsarten ohne den Einsatz von Wasserstoff zulassen. Die Zukunft der Wasserstoff-Modellregion Schwarzatal ist dementsprechend laut eines Berichts des MDR vom 7. September 2022 ungewiss.

Trotzdem hält die Landesregierung (ebenso wie Bund und EU) daran fest, die bewährte Energieversorgung mit Erdgas und fossilen Kraftstoffen auf Wasserstoff umzustellen - ungeachtet der Folgen für Unternehmen, Verbraucher und Umwelt und ungeachtet der Frage nach der Wirtschaftlichkeit eines solchen Vorhabens.

Unter Zuhilfenahme von Steuergeldern wird unter anderem ein Modellprojekt der Wasserstoffwirtschaft "TH2ECO" gestartet, das unter anderem den Bau von Wasserstoff-Pipelines vorantreiben soll. Eine Wasserstofftankstelle für das Güterverkehrszentrum Erfurt wurde vom Land mitfinanziert, ohne dass es derzeit LKW mit entsprechendem Wasserstoff-Antrieb in Thüringen gibt, weshalb das Land die Anschaffung von zehn Wasserstoff-LKW gleich selbst vornehmen (vgl. Bericht der Zeit für kommunale Wirtschaft vom 20.12.2021 und der MDR vom 29.11.2022) will. Ein weiteres Projekt für eine Wasserstofftankstelle soll in Weimar entstehen, diesmal für den ÖPNV. Ein auf den Bau von Wasserstofftankstelleninfrastruktur spezialisiertes Unternehmen mit Sitz in Berlin konstatiert, dass der Preis für den Bau einer Wasserstofftankstelle mit mehr als einer Million Euro zu hoch sei.

Die exemplarisch genannten Projekte zeigen, dass die Wasserstoffstrategie der Landesregierung darin besteht, Angebot und Nachfrage für Wasserstofftechnologie selbst zu schaffen, weil der Markt dies mangels ökonomischer Perspektiven nicht leistet. Des Weiteren zeigen zahlreiche Antworten der Landesregierung auf Kleine Anfragen (vgl. Antwort der Landesregierung in Drucksache 7/7323 auf die Kleine Anfrage 7/4091 und in Drucksache 7/6761 auf die Kleine Anfrage 7/3895) zum Thema Wasserstoff, dass weder die Folgen der technologischen Umstellung ausreichend bekannt noch bekannte Probleme bei der Anwendung dieser Technologie behoben sind. Zum Bedarf des nötigen Wassers etwa wird auf Import verwiesen. Befragt zur Umwidmung bestehender und bereits als Wasserstoffleitung einsatzfähiger Erdgasleitungen antwortet die Landesregierung, dass ihr dazu keine abschließenden Informationen vorliegen.

Die sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung des Freistaats bedarf einer fundierten Analyse, keiner verantwortungslosen Planung auf Grundlage von ideologischen Wunschvorstellungen.

Die planwirtschaftlich verordnete Umstellung auf Wasserstoff gilt es zu beenden. Zunächst ist eine detaillierte Technologiefolgenabschätzung erforderlich, die Rentabilität öffentlicher Investitionen muss gewährleistet sein. Dazu bedarf es der Rückkehr zur Technologieoffenheit anstatt ideologisch motivierter Subventionswirtschaft.

Für die Fraktion:

Braga